

Stellungnahme CDU-Fraktion zu TOP 4 Satzungsangelegenheiten - Sarina Kolb (Gemeinderatssitzung am 17.11.2021)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen am Ratstisch, liebe Bürgerinnen und Bürger,

selten haben wir bei einer Entscheidung so mit uns gerungen wie bei der heutigen Beschlussfassung.

Können wir die geplanten Erhöhungen den Bürgerinnen und Bürgern zumuten?

Was ist zu viel? Wo müssen wir kürzen? Können wir künftig die freiwilligen Leistungen noch stemmen? Was heißt Daseinsfürsorge? Und was Eigenverantwortung?

Fragen über Fragen. Doch unterm Strich gilt der Satz: Ohne Moos nix los.

Schwimmbad, Vereinsarbeit, Klimaschutz oder Kultur – klar, all das muss nicht, da es keine kommunale Pflichtaufgabe ist. Aber was würde aus einer Stadt werden, die sich diesen Themen nicht oder nur beiläufig widmet?

Daher vorab, als CDU-Fraktion können wir zumindest mehrheitlich den heute zur Abstimmung stehenden Anpassungen zustimmen, sehen wir doch aufgrund der schwierigen Haushaltssituation die Notwendigkeit, Mehreinnahmen zu generieren.

Die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik verpflichtet uns, Abschreibungen zu erwirtschaften. Hinzu kommen immer mehr neue Aufgaben, für die uns nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Betriebs- und Personalkosten steigen im Jahrestakt, dies sehen wir insbesondere im Kindergarten- und Betreuungsbereich. Wegdiskutieren können wir es nicht.

Als CDU-Fraktion war es uns aber besonders wichtig, die geplanten Anpassungen auf ihre Sozialverträglichkeit zu überprüfen und nochmals mit einem eigenen Vorschlag nachzubessern.

Unser Augenmerk lag dabei ganz klar auf der Grundsteuer und den Kindergartengebühren. Hier wollten wir als CDU-Fraktion mit aller Kraft eine immense Steigerung verhindern.

Laut der ursprünglichen Verwaltungsvorlage sollte die Grundsteuer auf einen Hebesatz von 500% steigen. Dies war mit uns nicht zu machen, wären wir doch damit im gesamten Umkreis Spitzenreiter bei der Belastung unserer Bürger gewesen und hätten Tür und Tor geöffnet.

Darüber hinaus trifft die Grundsteuer Mieter und Eigentümer gleichermaßen, da sie auf die Mieter umgelegt wird. Bei den ohnehin schon teuren Mieten und Kaufpreisen in unserer Stadt, wollten wir gegensteuern und haben der Verwaltung einen Vorschlag unterbreitet, der eine gemäßigte Grundsteueranpassung vorsah. Mit Erfolg, wie wir heute sehen.

Auch bei den Kindergartengebühren waren uns die 10% Kostensteigerung deutlich zu viel. Hier konnten wir uns auf 6 % einigen, also eine deutlich moderatere Anpassung. Als CDU-Fraktion ist es uns nach wie vor besonders wichtig, unseren Familien weiterhin einen hohen Stellenwert einzuräumen und Eltern beim Wiedereinstieg in den Beruf zu unterstützen. Das so genannte Schwetzingen Modell wollen wir daher auf jeden Fall beibehalten. Mit einer regelmäßigeren, aber deutlich geringeren Gebührensteigerung lassen sich hoffentlich künftig große Sprünge vermeiden.

Die einzige Anpassung, bei der wir keinerlei Bauchschmerzen haben, ist die Wettbüro- und Vergnügungssteuer. Auf unseren Vorschlag hin wird diese sogar auf 27 % erhöht, was uns in der Diskussion Puffer für andere Verminderungen gab.

Zur Wahrheit gehört jedoch leider auch, dass die Gewerbesteuer auf 420 % Hebesatz erhöht werden muss, um die notwendigen Mehreinnahmen in Höhe von 2 Mio € zu erreichen.

Wir erachten dies mehrheitlich als notwendigen, aber natürlich nicht schönzuredenden Kompromiss und bedanken uns schon jetzt – trotz all dem berechtigten Zähneknirschen - bei unseren Gewerbetreibenden für ihr Verständnis. Viele kleine Betriebe sind jedoch glücklicherweise kaum bis gar nicht von der Erhöhung betroffen, da sie die Freibeträge nicht überschreiten oder noch einen Verlust vorzutragen haben.

Doch wer glaubt, dass es uns als CDU-Fraktion leicht fällt, irrt sich.

Haushaltsdisziplin bekommt wieder eine ganz neue Bedeutung, schließlich sind wir nicht bereit, in einigen Jahren wieder die Schrauben bei Grund- und Gewerbesteuer anzuziehen.

Es muss unser aller Ziel sein, mit den nunmehr zur Verfügung stehenden Mitteln auszukommen, auch wenn es das ein oder andere Mal ein Nein erfordern wird.

Auch der Bürger oder eine Firma kann das Geld nur einmal ausgeben und wir wollen hier künftig keine weitergehende Belastung.

Dies ist insbesondere der Grund, warum mein CDU-Kollege Dr. Horst Herrmann auch heute schon bei den geplanten Steuer- und Gebührenanpassungen mit Ausnahme der Vergnügungs- und Wettbürosteuer nicht zustimmen wird. Folgerichtig hat er in der Vergangenheit deshalb große Projekte abgelehnt.

Gleichlaufend mit der heutigen Beschlussfassung sehen wir es als unsere Aufgabe, die erhöhte Steuerlast in den nächsten Jahren immer wieder auf den Prüfstein zu stellen und in regelmäßigen Abständen zu diskutieren, zu hinterfragen und nach Möglichkeit auch wieder zurückzudrehen. Gerade bei der Gewerbesteuer muss es vielmehr unser Ziel sein, mehr gewinnbringendes Gewerbe in Schwetzingen anzusiedeln und dadurch die Steuerlast auf mehreren Schultern zu verteilen. Ich verweise hier gerne nochmal auf unseren langjährigen CDU-Vorschlag, einen Technologie-Campus und weiteres Gewerbe auf den Konversionsflächen zu ermöglichen.

Hier werden wir nicht müde, nachzuhaken und die Stadt in diesem Prozess zu begleiten.

Gerne bringen wir an dieser Stelle auch den Vorschlag eines Lenkungskreises oder einer ausgiebigen Klausurtagung zu diesem Thema ein. Wir sollten künftige Gewerbeansiedlungen strategisch beraten und konsequent verfolgen.

Bei all den Kröten, die ein großer Teil unserer Fraktion, aber aller Voraussicht nach auch das gesamte Gremium mit der heutigen Beschlussfassung schlucken muss, möchten wir uns bei Oberbürgermeister Dr. René Pörtl und Bürgermeister Matthias Steffan bedanken, dass sie unserem Vorschlag gegenüber stets positiv und vor allem konstruktiv begegnet sind und nach Rücksprache am Ratstisch die Verwaltungsvorlage von sich aus abgeändert haben.

Wir hoffen damit, aktiv zu einer sozial verträglicheren und ausgewogenen Lösung im Sinne unserer Schwetzingerinnen und Schwetzinger beigetragen zu haben.

Bei einer Gegenstimme stimmt die CDU-Fraktion daher mehrheitlich der Beschlussvorlage zu.